

Der Engelsgrubenbrandprozess

I.

Der Engelsgrubenbrandprozess ist aus meiner Sicht schon einer der skurrilsten Fälle wohl nicht nur in der lokalen Kriminalgeschichte.

Eine meineidige Alibizeugin, der es gelungen ist eine Schwurgerichtskammer trotz ärztlicher Untersuchung eine Schwangerschaft zu verschweigen und die Behauptung eines unmöglichen Tatablaufes durch eben diese Strafkammer des Landgerichts Lübeck haben zu einem krassen Fehlurteil geführt.

Die Kollegin Gabriele Heinecke, Hamburg, und ich konnten den groben Justizirrtum zumindest formal weitestgehend rückgängig machen.

Dabei ist uns auch juristisch ein besonderer „Leckerbissen“ gelungen, da eine erfolgreiche Wiederaufnahme eines bereits rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens eine absolute Rarität darstellt¹.

Als Instanzverteidiger vor dem Landgericht in Lübeck hatte ich mich im Rahmen der Wiederaufnahme des Verfahrens der meineidigen Zeugin „angenommen“, wobei mir eine vertraulich erteilte Information große Hilfe geleistet hatte.

Eine zeitweise Zusammenarbeit mit dem Kollegen Wolfgang Kubicki, Kiel, war dabei sehr fruchtbar.

Frau Rechtsanwältin Heinecke aus Hamburg hatte ihre Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des Verfahrens auf einen Widerspruch in dem vom Gericht behaupteten Tathergang gerichtet und konnte ihre Erkenntnisse durch eigene Ermittlungen verfahrensfest absichern. Keinem der bisher beteiligten Juristen (die Revision der Angeklagten wurde von namhaften Hamburger und Münchner Strafverteidigerkanzleien geführt und die Bundesrichter des 3. Strafsenats waren mit der Sache befasst) war der logische Fehler in den Urteilsgründen zuvor aufgefallen.

„Lebenslang für den Mörder“

So titelten die Lübecker Nachrichten am 11.12.1996 nachdem der Hauptangeklagte Yahya D. am Tag zuvor von dem Landgericht Lübeck wegen besonders schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit Mord in zwei Fällen und Körperverletzung in zwölf Fällen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe bei gleichzeitiger Feststellung der besonderen Schwere der Schuld verurteilt worden war. Ein weiterer Angeklagter wurde zu einer zeitigen Freiheitsstrafe von neun Jahren verurteilt, ein dritter Angeklagter freigesprochen.

Am 5.9.1995 war es in einer Pizzeria in der Engelsgrube in Lübeck zu einem verheerenden Brandereignis gekommen. Schnell geriet der verschuldete Betreiber der Pizzeria in den Verdacht, sich durch Herbeiführen eines Brandes in den Genuss einer Versicherungszahlung bringen zu wollen. Zunächst hat der Hauptangeklagte jede Tatbeteiligung bestritten und versucht, durch den Alibibeweis seine Unschuld zu belegen. Er habe sich zum Zeitpunkt des Brandausbruches bei seiner Freundin aufgehalten; Wegen deren muslimischen Elternhauses habe man das Liebesverhältnis zwar geheim gehalten, wegen der Schwere der gegen ihn erhobenen Vorwürfe werde sie aber bestimmt wahrheitsgemäße Angaben zu dem Abend machen. Das gelte zumal deshalb, weil sie nachweisbar von ihm schwanger gewesen sei und eine Schwangerschaftsunterbrechung habe vornehmen lassen. Im Verlaufe des Verfahrens hatte die Zeugin zunächst jeglichen Kontakt mit dem Angeklagten geleugnet, dem Druck der Verteidigung dann zwar nachgegeben, das intime Verhältnis und die Alibisituation aber weiter bestritten. Eine Frauenärztin hat in der Verhandlung nicht nur ein intaktes Hymen attestiert, sondern auch die von der Verteidigung behauptete Hymenrekonstruktion als nicht stattgefunden behauptet. Erst unter dem Druck des eigenen Strafverfahrens und der Befassung mit der Thematik

¹ vgl. dazu u. a.: Strate, StV 99, 228ff.

durch einen Sachverständigen hat die Zeugin alles eingestanden: Die Schwangerschaft, den Abort, die Rekonstruktion des Hymens und den Meineid.

Gleiches gilt für Ihre Schwester, die die Richtigkeit der Angaben bestätigt hatte, im eigenen Verfahren aber einräumte, für Ihre Schwester gelogen zu haben. Weiterhin hatte das Gericht im Urteil die Behauptung aufgestellt, der Brandsachverständige des Landeskriminalamtes, Dr. Herdejürgen, habe im Termin erklärt, dass das großflächig ausgegossene Benzin von Hand angezündet worden, eine verpuffungsähnliche Brandentwicklung aber zeitlich erst viel später eingetreten sei. Ebenso unzutreffend wie unmöglich.

„Mordprozess wird neu aufgerollt – Libanese ist wieder frei“

Lauteten nunmehr die Schlagzeilen der Lübecker und Kieler Nachrichten vom 12.12.2001. Bis zu den rechtskräftigen Verurteilungen der beiden meineidigen Schwestern und dem Abschluss der Ermittlungen der Kollegin Heinecke, die den Nachweis führen konnte, dass der Sachverständige die ihm zugeschriebenen Äußerungen nicht getan hatte und als Zündinitial jedenfalls keine Zündung von Hand in Betracht kommt, waren inzwischen 5 Jahre vergangen. Nach verworfener Revision wurde im Rahmen des Bemühens um die Wiederaufnahme des Verfahrens am 11.12.2001 die Wiederaufnahme und die Erneuerung der Hauptverhandlung vor dem LG Kiel angeordnet.

Yahya D. wurde sofort aus der Haft entlassen.

„Feuerdrama in der Engelsgrube: Kiel hebt Lübecker Urteil auf“

Aus den Lübecker Nachrichten vom 20. Dezember 2003:

„Als das Feuer ausbrach, bei dem eine 34-jährige Frau und ein 40 Jahre alter Mann getötet und zwölf weitere Bewohner des vierstöckigen Hauses zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden, war der Angeklagte bei seiner damaligen Freundin. Die hatte im Lübecker Prozess falsch ausgesagt, und der Angeklagte stand ohne Alibi da.“

Das Urteil des Lübecker Landgerichts wurde am 18.12.2003 aufgehoben.

Es erfolgte eine Verurteilung wegen Fahrlässiger Brandstiftung mit Todesfolge in zwei Fällen sowie wegen fahrlässiger Körperverletzung in zwölf Fällen zu einer zeitigen Freiheitsstrafe von 4 Jahren und sechs Monaten. Der weitere Verurteilte wurde freigesprochen.

Im folgenden (unten unter II.) werden die Beschlüsse des LG Kiel vom 21.09.2001 (II.A.) und 11.12.2001 (II.B.) nebst einer Anmerkung von mir (II.C.) wiedergegeben. Die Beschlüsse und die Anmerkung sind im Strafverteidiger 2003, Seite 235ff. veröffentlicht. Meine Anmerkung im Strafverteidiger zu den Gerichtsbeschlüssen gibt noch einen kurzen Abriss einzelner Probleme, die auf dem zur Erneuerung der Hauptverhandlung „aufgetaucht“ sind.

Ich bitte abschließend noch um Beachtung folgenden Hinweises: Durch die Reihenfolge des Abdruckes im Strafverteidiger - Beschluss vom 21.09.2001, Beschluss vom 11.12.2001, Anmerkung von RA Mroß – kann der Eindruck entstehen, als wäre die Herbeiführung der „Begründetheit eines Wiederaufnahmegesuches aufgrund neuer Ausführungen eines Sachverständigen“ meine Verteidigerleistung und nicht diejenige der Kollegin Heinecke. Wie bereits oben dargestellt ist das nicht der Fall. Es war zu keinem Zeitpunkt von mir beabsichtigt einen solchen Eindruck zu erwecken. Tatsächlich hat das Landgericht Kiel zwei voneinander unabhängige Wiederaufnahmegründe in den Entscheidungen festgestellt.

II.

A.

StPO § 359 (Wiederaufnahme)

1. Zur Wiederaufnahme bei Verurteilung eines Zeugen wegen Meineids infolge Falschbelastung des Angeklagten.

2. Neue Tatsachen i.S.v. § 359 Nr. 5 StPO sind auch solche, die zwar in der Hauptverhandlung erörtert, aber von den Richtern missverstanden oder nicht zur Kenntnis genommen worden sind.

LG Kiel, Beschl. v. 21.09.2001 - 38 AR 9/01

Aus den Gründen: Die Wiederaufnahmegesuche entsprechen den Formvorschriften des § 366 Abs. 1, 2 StPO.

Die Verurteilten machen in zulässiger Weise Wiederaufnahmegründe i.S.d.

§ 359 Nr. 2 und 5 StPO geltend.

Durch Urteil der *I. gr. StrK* des *LG Lübeck* v. 10.12.1996 sind der Angekl. Di. wegen besonders schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit Mord in 2 Fällen und mit Körperverletzung in 12 Fällen bei Feststellung besonderer Schuldschwere zu lebenslanger Freiheitsstrafe und der Angekl. D. wegen Beihilfe zur besonders schweren Brandstiftung, diese tateinheitlich begangen mit Mord in 2 Fällen und mit Körperverletzung in 12 Fällen, zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren verurteilt worden. Die *Kammer* hat es als erwiesen angesehen, dass der Verurteilte Di. zum Zwecke der Begehung eines Versicherungsbetruges das von ihm betriebene Lokal „La P.“ in der E. 59 in Lübeck am 05.09.1995 durch Verschütten und anschließendes Entzünden von Benzin in den Gaststättenräumen in Brand gesetzt und ihm der Verurteilte D. hierbei Hilfe geleistet hat. Zum Brand sei es durch eine gegen 3.50 Uhr entstandene Verpuffung des Benzin-Luft-Gemisches gekommen, nachdem die Angekl. das ausgeschüttete Benzin angezündet und sich vom Tatort entfernt hätten. Infolge des Brandes verstarben zwei Hausbewohner, und es kam zu teilweise schweren Verletzungen weiterer Mitbewohner.

Die *StrK* hat die zuletzt abgegebene Einlassung des Angekl. Di., er habe seine Absicht, die Gastwirtschaft in Brand zu setzen, nach dem Verschütten des Benzins aufgegeben, weil ihm Bedenken gekommen seien, sodann begonnen, das verteilte Benzin aufzuwischen, und die Gastwirtschaft vor 2.49 Uhr verlassen, um die Entfernung des Benzins am nächsten Tag fortzusetzen, als widerlegt angesehen. Dabei hat sie sich unter anderem auf die Aussage der Polizeimeisterin K. gestützt, die bekundet hat, in der Tatnacht um 2.49 Uhr gegenüber der Gastwirtschaft zwei mit Werbeaufdrucken versehene rote Pkw's bemerkt zu haben. Hinsichtlich der Brandursache hat sich die *Kammer* aufgrund des Gutachtens des Sachverständigen Dr. H. die Überzeugung gebildet, dass nicht eine Gasexplosion, sondern eine Verpuffung eines Benzin-Luft-Gemisches nach Ausschütten von Ottokraftstoff schadensursächlich gewesen sei. Ausführungen dazu, welcher Zündvorgang die Verpuffung ausgelöst hat, finden sich in dem Urteil des *LG Lübeck* ebenso wenig wie Erläuterungen dazu, warum die *Kammer* zu der Überzeugung gelangt ist, die Angekl. hätten das von ihnen verschüttete Benzin angezündet.

Die *Kammer* hat einen Hilfsbeweis Antrag des Verteidigers des Angekl. Di. auf Vernehmung des Arztes für Frauenheilkunde und Psychotherapie Dr. Dr. S. sowie des Arztes für Frauenheilkunde und Geburtshilfe Dr. D. zurückgewiesen, mit dem der Beweis dafür angetreten werden sollte, dass die Zeugin C. die Unwahrheit gesagt hat, als sie bestritten hat, ein intimes Verhältnis zu dem Angekl. Di. gehabt zu haben und Schwangerschaftsabbrüche sowie eine Hymen-Rekonstruktion vorgenommen haben zu lassen. Die Angekl. erstreben die Wiederaufnahme des Verfahrens mit den im wesentlichen übereinstimmenden Begründungen:

1. Die Zeugin C. sei durch das *AG Lübeck* mit Urte. v. 01.03.2000 (Az.: 706 Js 26577/98) wegen Meineides rechtskräftig verurteilt worden, den sie in dem Verfahren gegen die Verurteilten aufgrund ihrer wahrheitswidrigen Angabe, kein Liebesverhältnis zu dem damaligen Angekl. Di., keine Schwangerschaftsabbrüche und keine Hymen-Rekonstruktion vorgenommen zu haben, begangen habe.
2. Die ebenfalls als Zeugin gehörte A.C. sei durch Urte. des *AG Lübeck* v. 24.08.2000 (Az.: 706 Js 36948/99) wegen Meineides rechtskräftig verurteilt worden, den sie dadurch begangen habe, dass sie in dem gegen die damaligen Angekl. geführten Verfahren wider besseres Wissen eine intime Beziehung zwischen dem Angekl. Di. und ihrer Schwester C. bestritten habe.

Andreas Mroß | Rechtsanwalt | Fachanwalt für Strafrecht

Pleskowstr. 1 | 23564 Lübeck | Telefon: 0451-58 22 333 | Telefax | 0451-58 22 334 E-Mail:
AndreasMross@aol.com | www.AndreasMross.com

3. Der in dem gegen die Verurteilten geführten Strafverfahren als Brandsachverständiger gehörte Sachverständige des LKA Dr. H. habe erklärt, in dem Verfahren nicht davon gesprochen zu haben, dass das verschüttete Benzin angezündet worden sei, sondern vielmehr ausgeführt, es sei als Zündquelle eine elektronische Ursache wie bspw. der Funke, der beim Anspringen des Kühlschranks entstehe, zu vermuten, während ein direktes Endzünden des Benzins auszuschließen sei, sondern vielmehr ausgeführt, es sei als Zündquelle eine elektronische Ursache wie bspw. der Funke, der beim Anspringen des Kühlschranks entstehe, zu vermuten, während ein direktes Endzünden des Benzins auszuschließen sei. Hierbei behandle es sich um eine neue Tatsache i.S.d. § 359 Nr. 5 StPO, obwohl der Sachverständige diese Angaben bereits im laufenden Hauptverfahren gemacht habe und die Äußerungen der *Kammer* nochmals auch die Verteidigerin des Angekl. v. 01.11.1996 vorgehalten worden seien, denn die *Kammer* habe die von dem Sachverständigen bekundeten Tatsachen offenbar missverstanden und deshalb nicht zur Kenntnis genommen.

4. Die *Kammer* habe die Unsicherheiten in der Aussage der Polizeimeisterin K. nicht ausreichend zur Kenntnis genommen und sie bei der Beweiswürdigung entgegen der Vorschrift des § 261 StPO dem Urteil nicht in ausreichender Weise zugrunde gelegt. Die Zeugin habe insbes. die Fahrzeuge der Angekl. auf Lichtbilder nicht wiedererkannt und keine Angaben zur Farbe der Autos machen können. Die von dem Verurteilten Di. zu Ziffer 1 - 3 geltend gemachten Wiederaufnahmegründe sind zulässig.

Zu Ziffern 1. und 2.:

Durch die rechtskräftige Verurteilung von R. und A.C. steht fest, dass sie in dem gegen die Verurteilten geführten Strafverfahren einen Meineid geleistet haben (§359 Nr. 2 StPO). Beide haben in dem Strafverfahren zuungunsten der damaligen Angekl. ausgesagt. R.C. hat in Abrede genommen, ein intimes Verhältnis zu dem Angekl. Di. gehabt zu haben, der sich zunächst dahin eingelassen hatte, zur Zeit der Brandentstehung zusammen mit R.C. in seiner Wohnung gewesen zu sein. A.C. hat die Bekundungen ihrer Schwester dadurch gestützt, dass sie wahrheitswidrig angegeben hat, diese habe keine Beziehung zu dem damaligen Angekl. Di. unterhalten.

Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den unzutreffenden Aussagen der Zeuginnen C. und dem Urteil lässt sich nicht ohne weiteres ausschließen. Dies gilt auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass Gegenstand der Verurteilung von R.C. im Kern die falsche Aussage zu der Frage, ob sie ein intimes Verhältnis zu dem damaligen Angekl. Di. unterhalten habe und nicht ihre Bekundung, in der Tatnacht nicht mit ihm zusammen gewesen zu sein, war. Aufgrund der Feststellung, dass die Zeugin zur Frage des intimen Verhältnisses falsche Angaben gemacht hat, lässt sich nicht ausschließen, dass die Beurteilung der Glaubhaftigkeit ihrer Angaben auch zu anderen Umständen aus der Sicht des damals entscheidenden Gerichts anders zu beurteilen gewesen wäre.

Zu Ziffer 3.:

Bei der Erklärung des Brandsachverständigen Dr. H., die Verpuffung sei nicht durch Entzünden des Benzins, sondern vermutlich durch eine technische Ursache ausgelöst worden, handelt es sich um eine neue Tatsache, die zumindest geeignet wäre, in Anwendung eines milderen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung der Angekl. Herbeizuführen (§359 Nr. 5 StPO).

Sollte die Einlassung des Angekl. Di., er habe nach dem Verschütten des Benzins von seinem Vorhaben, die Gaststätte in Brand zu setzen, Abstand genommen, begonnen, das verschüttete Benzin aufzuwischen, und sei von der Entstehung des Brandes überrascht worden, nicht zu widerlegen sein, wäre von einem Rücktritt vom Versuch der besonders schweren Brandstiftung und des Mordes auszugehen. Statt dessen käme eine Verurteilung des Angekl. Di. wegen fahrlässiger Brandstiftung, § 309 StGB a. F., der bei Herbeiführung des Todes eines Menschen Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vorsieht, in Betracht.

Bei den Angaben des Sachverständigen Dr. H. handelt es sich um neue Tatsachen i.S.d. § 359 Nr. 5 StPO, obwohl diese bereits in der Hauptverhandlung von ihm vorgetragen und durch die Verteidigerin mit ihrer Stellungnahme v. 01.11.1996 der *Kammer* nochmals

vorgehalten wurden. Als neue Tatsachen i.S.d. § 359 Nr. 5 StPO haben auch solche Tatsachen zu gelten, die zwar in der Hauptverhandlung erörtert, aber von den Richtern missverstanden oder nicht zur Kenntnis genommen worden sind (OLG *Düsseldorf* NJW 1987, 2030; OLG *Frankfurt* NJW 1978, 841, 842; KK-*Schmidt*, § 359, Rdnr. 24; a.A. *Kleinknecht/Meyer-Großner*, 45.A., § 359, Rdnr. 30; Karl Peters, Fehlerquellen im Strafprozess, 3. Band, 76, 77). Sollte der Sachverständige die vorgetragene Angaben zum Zündvorgang in der Hauptverhandlung gemacht haben - wovon für die hier zu treffende Entscheidung auszugehen ist -, kann aufgrund der offensichtlichen Entscheidungserheblichkeit dieser Tatsache und ihrer Nichtberücksichtigung in den Urteilsgründen nur angenommen werden, dass sie zur Entscheidung berufenen Richter die Ausführungen des Sachverständigen missverstanden haben und sie deshalb ihrem Urteil nicht zugrunde legen konnten.

Zu Ziffer 4.:

Es kann dahinstehen, ob es sich bei den hinsichtlich der Angaben der Zeugin K. vorgetragene Tatsachen um neue Tatsachen i.S.d. § 359 Nr. 5 StPO handelt, denn die Zulassung eines auf § 359 Nr. 5 StPO gestützten Antrages ist nicht auf die Erhebung einzelner Beweise zu beschränken. Der Antrag ist vielmehr in vollem Umfang zuzulassen (OLG *Düsseldorf* NJW 1987, 2030; *Kleinknecht/Meyer-Großner* § 368, Rdnr. 12). Die Zulässigkeit der von dem Verurteilten D. geltend gemachten, im wesentlichen gleichlautenden Wiederaufnahmegründe ergibt sich aus der Akzessorietät der seiner Verurteilung zugrunde liegenden strafrechtlichen Vorwürfe zu der Tat des Verurteilten Di. Die Entscheidung über die Unterbrechung der Vollstreckung aus dem Urteil des LG Lüneburg v. 10.12.1996 soll hinsichtlich des Angekl. Di. nach Durchführung der Beweisaufnahme gem. § 369 StPO erfolgen. Der Verurteilte D. befindet sich auf freiem Fuß.

Mitgeteilt von RA *Andreas Mroß*, Lüneburg.

B.

StPO § 359 (Wiederaufnahme)

Begründetheit eines Wiederaufnahmegesuchs aufgrund neuer Ausführungen eines Sachverständigen.

LG Kiel, Beschl. v. 11.12.2001 - 38 AR 9/01

Aus den Gründen: ... Die Wiederaufnahmegesuche der Verurteilten Di. und D. v. 18.06.2001 sind zulässig.

Es wird insoweit sowie hinsichtlich der Darstellung des Urteilsinhaltes und des Gegenstandes der Wiederaufnahmeanträge auf den Beschl. v. 21.09.2001 verwiesen [[vorstehend abgedr. Entscheidung].

Die Wiederaufnahmegesuche der Verurteilten sind begründet. Deren Begründetheit ergibt sich bereits aufgrund des Vortrages, der brandauslösende Zündvorgang sei durch eine technische Ursache ausgelöst worden.

Dieser als neue Tatsache i.S.d. § 359 Nr. 5 StPO zu behandelnde Vortrag der Verurteilten ist durch die Anhörung des Sachverständigen Dr. H. im Rahmen des Probationsverfahrens am 27.11.2001 im Ereignis bestätigt worden. Der Sachverständige hat u. a. folgendes ausgeführt:

Dem Brand sei eine Raumexplosion vorausgegangen, die durch ein Gemisch von Brennstoff mit Luft erzeugt werde. Als Brennstoff sei Ottokraftstoff verwendet worden. Bei einer Raumexplosion komme es nach Ausbildung eines explosiven Gemisches in den Bereichen des Raumes, in denen sich eine Zündquelle befinde, zur Explosion. Grundsätzlich kämen alle üblichen Zündquellen als Auslöser in Betracht. Als Schadensverursacher seien die im Raum vorhandenen Gasgeräte, der Gefrierschrank und weitere elektrontechnische Geräte wie auch eine im Raum aufgestellte brennende Kerze in Betracht zu ziehen gewesen. Eine Eingrenzung des Zündmechanismus sei nicht möglich gewesen. Der im Urteil des *LG Lüneburg* dargestellte Zündvorgang, wonach das großflächig verschüttete Benzin in Brand gesetzt worden sei und dies erst geraume Zeit später zu einer Verpuffung geführt habe, erscheine unwahrscheinlich.

Andreas Mroß | Rechtsanwalt | Fachanwalt für Strafrecht

Pleskowstr. 1 | 23564 Lüneburg | Telefon: 0451-58 22 333 | Telefax | 0451-58 22 334 E-Mail: AndreasMross@aol.com | www.AndreasMross.com

Der Umstand, dass eine Zündung des Benzin-Luftgemisches durch eine technische Zündquelle erfolgt sein könnte, ist geeignet, hinsichtlich der Verurteilten in Anwendung eines milderen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung zu begründen. Ein solcher Geschehensablauf wäre mit der zuletzt im Erkenntnisverfahren abgegebenen Einlassung des Angekl. Di., er habe nach dem Verschütten des Benzins von seinem Vorhaben, die Gaststätte in Brand zu setzen, Abstand genommen, begonnen, das verschüttete Benzin aufzuwischen, dieses Vorhaben zunächst unterbrochen und sich nach Hause begeben, wo er von der Nachricht von der Entstehung des Brandes überrascht worden sei, in Einklang zu bringen. Sollte diese Einlassung nicht zu widerlegen sein, wäre von einem Rücktritt vom Versuch der besonders schweren Brandstiftung und des Mordes auszugehen. Statt dessen käme eine Verurteilung des Angekl. Di. wegen fahrlässiger Brandstiftung, § 309 StGB a.F., der Freiheitsfahrlässiger Körperverletzung, § 230 StGB a.F., der Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe vorsieht, in Betracht. Die Begründetheit des auf im wesentlichen gleichlautende Gründe gestützten Wiederaufnahmegesuches des Verurteilten D. ergibt sich aus der Akzessorietät der seiner Verurteilung zugrunde liegenden strafrechtlichen Vorwürfe zur Tat de Verurteilten Di. Die weitere Vollstreckung der Freiheitsstrafe war gem. § 360 II StPO auch schon vor Eintritt der Rechtskraft dieses Beschl. zu unterbrechen, da die im Falle einer möglichen Verurteilung wegen fahrlässiger Brandstiftung bei Herbeiführung des Todes eines Menschen höchstmögliche Freiheitsstrafe von 5 Jahren durch die bisher verbüßte Haft bereits überschritten wäre.

Mitgeteilt von RA *Andreas Mroß*, Lübeck.

C.

Anmerkung: Der Beschluss des *LG Kiel* v. 11.12.2001, mit dem die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet worden war, ist noch durch den am selben Tag per Telefax gegenüber dem *LG* erklärten Rechtsmittelverzicht des Verurteilten rechtskräftig geworden. Der StA steht bekanntlich gegen den die Wiederaufnahme und die Erneuerung der Hauptverhandlung anordnenden Beschluss kein eigenes Rechtsmittel zu (§ 372 S. 2 StPO).

Liest man nun die Gründe des *LG* zur Zulässigkeit, so lassen diese Ausführungen an Klarheit und Stringenz nichts missen.

Ein Narr aber, wer nun glaubt, dass es auf dem Weg zu diesen Entscheidungen eine ebensolche Klarheit und Stringenz gegeben hätte. Im Gegenteil: Die von *Strate* StV 99, 228 ff. [229] aufgestellte Behauptung, dass die Rechtskraft des Urteils den Sabbat aller strafprozessualen Prinzipien darstelle, die Prozessmaximen mit Eintritt der Rechtskraft gar zu ruhen begännen, trifft auch hier den Kern der Sache.

Ein Beispiel: Auf die Strafanzeige (v. 06.02.1998) des Verurteilten hin passierte zunächst erst einmal monatelang gar nichts, erst durch die Intervention des Verf. konnte überhaupt eine Reaktion der Ermittlungsbehörde erlangt werden.

Die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die meineidigen Schwestern (v. 16.11.1998) gem. §170 II StPO erfolgte dann mit der ebenso lapidaren, wie irrationalen Begründung, dass sich keine Anhaltspunkte für eine Falschaussage ergeben hätten, weil die vorliegende Verurteilung - des Anzeigeerstatters - nicht allein auf den fraglichen Aussagen basiere. In der Einstellungsnachricht liest sich das dann so, dass „KEINE Veranlassung zu weiteren Ermittlungshandlungen gefunden (worden seien - d. Verf.) weil sich unter keinem Gesichtspunkt Anhaltspunkte für die Annahme ergeben haben, dass die von Ihnen (dem Verurteilten - d. Verf.) Beschuldigten (Schwestern - d. Verf.) in der Hauptverhandlung vor der 1. Gr. StrK des *LG Lübeck* falsch ausgesagt haben. Die Aussagen der Schwestern R. und A.C. (...) waren nicht die alleinige Grundlage der rechtskräftigen Verurteilung vom 10.12.1996“. Es folgend sodann Ausführungen der Dezernentin dazu, warum das Urteil des *LG Lübeck* gegen den Verurteilten als zutreffend und richtig anzusehen sei.

Durch die Verteidigung waren zu diesem Zeitpunkt allerdings längst die genauen Daten der Schwangerschaftsfeststellung, des Beratungstermins und des Schwangerschaftsabbruches

mitgeteilt worden. Der StA waren also längst sämtliche tatsächlichen Anhaltspunkte an die Hand gegeben, die einen Anfangsverdacht begründen.

Bei Vorliegen eines Anfangsverdacht ist die Ermittlungsbehörde aber bekanntlich nach § 152 II StPO nicht nur berechtigt, sondern dazu verpflichtet, von ihren Zwangsbefugnissen Gebrauch zu machen. Warum erst eine umfassende Einstellungsbeschwerde erforderlich war, um die Ermittlungsbehörde an die Grundmaximen des Strafprozessrechtes zu gemahnen, kann man wohl mit *Stern* NSTZ 93, 409 ff. [412] so erklären: „Generell besteht auf Seiten der StA wenig Neigung, sich bei nicht ganz geklärter Beweislage auf die Seite des Verurteilten zu stellen, der Strafanzeige gegen einen Belastungszeugen erstattet hat.“. Das ist nach den Erfahrungen des Verf. eine ebenso höfliche, wie ironische Feststellung. Wie „wenig Neigung“ auf Seiten der Ermittlungsbehörden in dem hier vorliegenden Fall bestand, dokumentiert sich wie folgt:

Die Anklageverfasserin, die in dem Ausgangsverfahren gegen den Verurteilten seinerzeit auch die Sitzungsvertretung wahrgenommen und auf das erkannte Ergebnis plädiert hatte, war nun wiederum mit der Sachbearbeitung der Strafanzeigen gegen die meineidigen Schwestern befasst worden. Dem dezidiert begründeten Anliegen der Verteidigung gegenüber dem Leitenden Oberstaatsanwalt, diese Mitarbeiterin von der weiteren Sachbearbeitung zu entbinden, war ebenso der Erfolg versagt, wie ein Antrag nach § 145 GVG von dem GStA verworfen wurde. Wer einmal versucht hat, einen Behördenleiter davon zu überzeugen, einen bestimmten Sachbearbeiter von der weiteren Befassung mit einer Rechtssache zu entbinden, der weiß um die Widerstände, die hier ohnehin zu erwarten sind. Das gilt allemal dann, wenn das Anliegen vor dem Hintergrund eines Wiederaufnahmegesuches zu sehen ist - mögen die Argumente auch noch so stichhaltig und zutreffend sein.

Beispiele dafür, dass die Prozessmaximen mit Eintritt der Rechtskraft tatsächlich zu ruhen beginnen, ließen sich auch aus diesem Verfahren noch viele anfügen.

Die Anordnung der sofortigen Unterbrechung der Haft gegen den Verurteilten drohte dann allerdings erneut in die Hände derjenigen Ermittlungsbehörde - jetzt als Strafvollstreckungsbehörde -, zu gelangen, die zuvor mit allen erdenklichen Mitteln versucht hatte, dem Anliegen des Verurteilten „ihre Neigung“ zu versagen und somit das letztendlich zulässige und begründete Wiederaufnahmegesuch in der beschriebenen Art und Weise wenig gefördert hatte.

Die Haftanstalt vertrat nämlich die Auffassung, dass dort ein Urteil des *LG Lübeck* für die zuständige StA Lübeck als Strafvollstreckungsbehörde vollstreckt werde, so dass das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach § 372 StPO gegen die Anordnung der sofortigen Unterbrechung der Haft der StA Lübeck als Strafvollstreckungsbehörde zustehe. Nochmals und in aller Deutlichkeit: Die Strafvollstreckungsbehörde hat kein eigenes Rechtsmittel gegen die Anordnung im Wiederaufnahmeverfahren. Jegliches Vorbringen, welches sich gegen die Anordnung des Wiederaufnahmegerichtes wenden könnte, könnte sich ausschließlich aus dem Wiederaufnahmegesuch, Umständen des Zulässigkeitsbeschlusses, sowie dem Ergebnis der Probationsverhandlung ergeben. Von diesen Umständen hat die Strafvollstreckungsbehörde aber offiziell nicht einmal Kenntnis. § 372 StPO eröffnet das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegen Entscheidungen des Gerichtes des ersten Rechtszuges, also des gem. §§ 367 I StPO, 140 a GVG zuständigen Wiederaufnahmegerichtes. Die StA bei dem *LG*, in dessen Bezirk das Wiederaufnahmegericht angesiedelt ist, ist die zuständige und zur Ausübung des Beschwerderechts gem. § 372 StPO berufene StA.

Die Strafvollstreckungsbehörde hätte hier einig die Möglichkeit, aufgrund ihrer Kenntnis von einem anderen, sich auf eine neue mutmaßliche Straftat des Verurteilten während der Strafvollstreckung beziehendes Ermittlungsverfahren auf die angeordnete sofortige Entlassung aus der Haft Einfluss eines (Über-)Haftbefehls; es wäre eine eigenständige Haftentscheidung herbeizuführen.

Die vorstehenden Ausführungen sollten dazu dienen, den durch die sorgfältig abgefassten und erarbeiteten Beschlüsse des *LG Kiel* in dieselbe Sache leicht entstehenden Eindruck, dass es sein in sich konsistentes, bestimmten (oder jedenfalls bestimmbar) Maximen

Andreas Mroß | Rechtsanwalt | Fachanwalt für Strafrecht

Pleskowstr. 1 | 23564 Lübeck | Telefon: 0451-58 22 333 | Telefax | 0451-58 22 334 E-Mail:
AndreasMross@aol.com | www.AndreasMross.com

unterworfenen System des Wiederaufnahmerechtes gäbe, zu relativieren. Ich will diesen Aspekt durch eine Parallele deutlich machen: In derselben Woche, als die Wiederaufnahme und die Erneuerung der Hauptverhandlung in der hiesigen Sache angeordnet worden war, hat der *BGH* ein Urteil des *LG Lübeck* in dem Verfahren um den „Mordprozess ohne Leiche“ vollumfänglich aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das *LG Lübeck* zurückverwiesen.

Der Pressesprecher des *LG* wird dazu in den Lübecker Nachrichten vom 13.12.2001 wie folgt zitiert: „Es ist juristischer Alltag, dass Urteile eines Gerichtes von einem Gericht der nächsten Instanz aufgehoben werden.“

Wer es glaubt wird selig. Nur, wer es nicht glaubt, wird mit Erfolg verteidigen.

RA Andreas Mroß, Lübeck.